DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

September 09/2000

Antifaschistische Kundgebung

Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg

Sonntag, 10. September, 11:00 Uhr,
Osterholzer Friedhof, Ehrenanlage der KZ-Opfer

Es sprechen:

Rainer Husheer
Leiter des Vertrauenskörpers der IG Metall und Betriebsratsmitglied, DaimlerChrysler, Werk Bremen
Jochen Killing
Mitglied des Personalrats im Zentralkrankenhaus Bremen-Ost und des Gesamtpersonalrats für das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen
Johann Günther König
Schriftsteller

Warum eine Kundgebung auf dem Friedhof?

Im Jahr 1947 fand am zweiten Sonntag im September die Grundsteinlegung für die Ehrenanlage auf dem Osterholzer Friedhof durch den damaligen Bürgermeister Wilhelm Kaisen statt. Auf Steinplatten kann der Besucher lesen, wer hier begraben ist: "Unter diesem Hügel ruhen die sterblichen Überreste von 1.367 Toten. Als Angehörige vieler Nationen fanden sie in Konzentrations- und Arbeitslagern in der Umgebung Bremens während des Krieges 1939 - 1945 den Tod.
Die Namen von 794 Toten sind unbekannt." Dies ist der Text der ersten Steinplatte. Auf den folgenden sind stellvertretend für alle hier Begrabenen Namen eingemeißelt von Balten, Belgiern, Deutschen, Franzosen, Griechen, Holländern, Italienern, Polen, Rumänen, Russen, Serben, Tschechen, Ukrainern, Ungarn und Toten, deren Staatsangehörigkeit unbekannt ist.

In Zeiten der Schändung von KZ-Gedenkstätten, Bombenanschlägen auf Gräber jüdischer Persönlichkeiten, Überfällen auf Menschen dunklerer Hautfarbe, der Versuche von Seiten der Wirtschaft und der Regierung, endlich einen Schlussstrich zu ziehen unter die mörderische Vergangenheit, der Verhöhnung der überlebenden Zwangsarbeiter durch das neue Entschädigungsgesetz, werden wir an dieser Stelle wieder den Schwur von Buchenwald erneuern. Wir rufen alle Menschen, die einen Rückfall in die Barbarei verhindern wollen, auf, dies mit uns zu tun.

Was ist das für ein Gedenktag?

Am 09. September 1945, vier Monate nach der Befreiung vom Faschismus, trafen sich in Berlin Zigtausende Menschen zur ersten internationalen antifaschistischen Kundgebung in Deutschland nach dem Krieg. Der 09. September war mit Bedacht gewählt, denn am 09. September 1943 war ein drei Nächte dauerndes Massaker im Zuchthaus Plötzensee zu Ende gegangen. 360 männliche Häftlinge wurden in den Nächten zwischen dem 08. und dem 09. an Fleischerhaken aufgehängt, immer acht auf einmal.

Einige Tage zuvor hatten Bomben bei einem Luftangriff auch einen Teil der Zuchthausmauern zerstört und fünf französische Widerstandskämpfer flüchteten. Als Racheaktion befahl das faschistische Justizministerium, die Häftlinge des Hauses III "in den nächsten Tagen zu Tode zu bringen". In diesem Haus waren Widerstandskämpfer aus allen von der Wehrmacht überfallenen Ländern Europas eingesperrt, der bekannteste unter ihnen der tschechische Dichter und Kommunist Julius Fučik. Unter anderem waren auch deutsche Antifaschisten wie einige Mitglieder der Schultze-Boysen-Harnackgruppe darunter.
Beim Treffen einer Reihe von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus im Februar 1946 in Warschau wurde der zweiten Sonntag im September zum internationalen Gedenktag erklärt. Er wird bis heute nicht nur in Bremen begangen, an etlichen Orten als "Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung".

Plötzensee

Das faschistische Justizministerium erteilte Mitte Dezember 1942 den "vordringlichen" und "kriegsbedingten" Auftrag, "in der Hinrichtungsstätte Plötzensee eine gleichzeitige Erhängungsmöglichkeit für acht Personen zu bauen". Es wurde eine Laufschiene angebracht mit acht beweglichen Haken. Zwischen den Haken hing schwarzes Papier, damit die Opfer sich nicht sehen konnten.

Regine

Kundgebung zum Antikriegstag

Freitag, 01. September, 16:00 Uhr, auf dem Marktplatz

Es sprechen:

Horst Schmitthenner, Hauptvorstand der IG Metall
Andrea Kolling, Bremer Friedensforum
Heinz-Dieter Beushausen, Ökumenische Initiative Bremen

Musikalischer Rahmen unter Leitung von **Martin Lugenbiehl**

Wir lernen nur, wenn wir nicht vergessen

Vom 18. bis zum 25. Juni hat eine Gruppe von polnischen Zwangsarbeiterinnen Bremen besucht. Eingeladen hatte der Senat. Die Betreuung lag in den Händen des Vereins "Walerjan Wrobel".

Ein Kollege war im Auftrag seiner Frau dabei, die in der Großwäscherei Hayungs geschuftet hatte. Sie war gesundheitlich nicht in der Lage, diese Reise mitzumachen. Ich hatte mich bereiterklärt, mit zu Hayungs zu fahren.
Pastor Martin Puschke erklärte mir gleich bei der Begrüßung, ihm hätte 1984 ein älterer Hastedter Bürger gefragt, ob er wisse, dass unter der Kirche polnische Frauen liegen. Nachforschungen, unter anderem auch im Staatsarchiv, hatten diesen Hinweis bestätigt. 1987 wurde eine Tafel angebracht. Sie hat diese Mahnung:

"Zum Gedenken an die polnischen Frauen, die als Zwangsarbeiterinnen leiden und sterben mussten. Wir lernen nur, wenn wir nicht vergessen."

Dazu gibt es eine Ausstellung mit Dokumenten, die die Geschichte der polnischen Frauen darstellt. 22 polnischen Frauen waren im 100 Meter entfernten Erdbunker mit 82 anderen Frauen und Männern getötet worden. Einige Frauen waren beim Bobenangriff im Freien herumgeirrt. Im Vertrauen darauf, dass der 138ste Angriff auf Bremen auch gut vorübergeht, waren viele Frauen in der Wäscherei geblieben. Ein tödlicher Irrtum. Die Ruine Hayungs wurde einfach eingeebnet.
Die Kirche der Auferstehungsgemeinde wurde 1959 auf diesem Massengrab gebaut. Der erste Hinweis führte zur Aufarbeitung der allgegenwärtigen Vergangenheit. Die Großwäscherei befand sich an der Malerstraße.

In Richtung Alter Postweg befand sich die Metall-Gießerei Gustav Hörschelmann. Dieser Betrieb wurde zur gleichen Zeit wie Hayungs total zerstört. Im Bunker unter dem Haus wurden der Chef und die Angestellten getötet.
"Was haben Sie danach gemacht?" wurde ich gefragt. Ich hatte in der Metall-Gießerei gearbeitet, danach hatte ich bis Kriegsende nicht mehr gearbeitet. Mein Hausarzt schrieb mich krank. Es waren Magengeschwüre festgestellt worden. Das habe ich meinem Betrieb und der Heimatflak gemeldet. Die Überweisung in das St. Josephstift war bis Januar 1945 erfolglos. Denn da wurden die Magengeschwüre mit 4 mal 10 Tagen Trockenkur behandelt. Mitte Februar wurde ich für sehr leichte Arbeit entlassen. Mit dieser Bescheinigung hatten Hörschelmann und das Arbeitsamt nichts mehr für mich. Die Heimatflak war inzwischen an der Ostfront. Dahin konnte ich nicht. Das Kriegsende habe ich in Wildeshausen erlebt. Aber das ist eine andere Geschichte.

N.B. Hörschelmann beschäftigte einen Former aus Weißrussland. Den hat er noch besser als seinen Sohn behandelt. Dieser war am 12.10. nicht in den Bunker, sondern zu einem sowjetischen Kriegsgefangenen gegangen, der an der Ecke Alter Postweg / Malerstraße eine Nebeltonne bedienen musste. Beide haben überlebt.

Prof. Karl Holl hat die Geschichte von Ludwig Quidde aufgearbeitet. Dadurch hatte die VVN ein gutes Verhältnis mit ihm. Prof. Holl kannte Hörschelmann sehr gut als FDP-Mann, das hat er mir immer wieder versichert.

Willy

Gefahr für die zu schützenden Bürger

Über die geplante Novellierung des Bremer Polizeigesetzes referierte am 05. Juli, vor zahlreich erschienenem Publikum, der Rechtsanwalt und Publizist Dr. Rolf Gössner im Schlachthofturm. Dem Referat schloss sich eine lebhafte Diskussion an. Der Entwurf ist streng intern, doch bisher bekannte Details sehen eine starke Ausweitung von Polizeibefugnissen vor. Mit Schleierfahndung ("verdachts- und anlassunabhängige Kontrollen"), polizeilicher Video-Überwachung im öffentlichen Raum, Aufenthaltsverboten ("erweitertem Platzverweis"), dem Einsatz verdeckter Vorfeld-Ermittler, Lausch- und Spähangriffen soll schon weit im Vorfeld gegen alle denkbaren Störungen vorgegangen werden. Unbeteiligte, Unverdächtige, Kontakt- und Begleitpersonen werden erfasst, die Unschuldsvermutung umgekehrt, der Bürger zum "potentiellen Sicherheitsrisiko."

Ein dauernder Ausnahmezustand erfasst jeden Einzelnen, wird er doch ohne konkreten Verdacht angehalten, muss sich ausweisen, kann zwecks Informationsabschöpfung zur Polizeiwache mitgenommen werden. Zweck der Schleierfahndung ist es, erst einmal einen Verdacht zu erzeugen. Es kann jede/n jederzeit überall treffen. Erfahrungen aus Süddeutschland belegen, dass sich bei weit über 90% der so Behandelten keinerlei Verdacht einer Straftat finden lässt. Ein solches Vorgehen widerspricht den Grundrechten auf Freizügigkeit und informationelles Selbstbestimmungsrecht. Das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern erklärte ein solches polizeiliches Vorgehen im vergangenen Jahr für weitgehend verfassungswidrig.

Ohne gerichtliche Anordnung können ganze Stadtgebiete, ja ganze Städte von unliebsamen Randgruppen freigehalten oder "gesäubert" werden. Bettler, Obdachlose, Drogenabhängige, Punks, Demonstranten, Sinti & Roma, Nichtdeutsche, sie alle können aus grundsätzlich nicht von vornherein auszuschließenden Gründen verbannt werden. Das lässt sich dann per Knopfdruck auf weitere Städte erweitern.
Schon zu Beginn der EXPO wurden minderjährige SchülerInnen in Hannover in der Innenstadt abgegriffen und bis in die frühen Morgenstunden auf einer Polizeiwache festgehalten. Unliebsame Störungen der EXPO sollten so vermieden werden.

Was in Kaufhäusern und davor schon gang und gäbe, was auf dem Marktplatz und an anderen neuralgischen Punkten der Stadt bereits sichtbar ist, Videokameras für den freien Blick auf Passanten und Demonstranten, soll nach diesen Entwürfen flächendeckend eingesetzt werden. Tenever, von Politmagazinen wie Focus zum Kriminalschwerpunkt hochgeredet, ist so ein Brennpunkt. Auf Schritt und Tritt wird der Bürger verfolgt, der die Hausreihen entlang auf einen Eingang zugeht. Völlig Unverdächtige können mit ihren individuellen Besonderheiten in den Blick der Kamera geraten. Auswertung, Bearbeitung und weitere Verwendung der Aufnahmen wird ihnen nicht mitgeteilt. Kriminalität wird nicht verhindert, sondern in überwachungsarme Räume verdrängt.

Folge ist die verstärkte Observierung völlig Unschuldiger und der Einsatz verdeckter Vorfeld-Ermittler. Es geht nicht um Verhinderung einer Straftat, die etwa durch organisierte Banden geplant wird, sondern eher um Lauschangriffe auf Privatwohnungen, um mehr über den Betroffenen herauszufinden. Urkundenfälschung, Betrug, Einbruch in fremde Wohnungen werden rechtlich legalisiert für den staatlich besoldeten oder ausgehaltenen Ermittler. Um glaubwürdig zu bleiben, muss der nun Straftaten anschieben.

Eine öffentliche Kontrolle dieser Undercover-Milieus scheint kaum möglich, wie wir aus dem jahrelangen Treiben des Herrn Mauss kennen. Die Opfer solcher agent-provocateurs bleiben ohne jeglichen Rechtsschutz vor solch staatlicher Willkür.

Raimund

Die Landesmitgliederkonferenz (LMK) am 08. Juli

Zur Eröffnung hatte unser Ehrenvorsitzender einen neuen Kameraden in unserer Mitte begrüßt und daran erinnert, alte Mitglieder nicht zu vergessen. Im Bericht über unsere Aktivitäten der vergangenen neun Monate war festzuhalten, dass wir inzwischen die Grenzen des, für unsere kleine Gruppe Aktiver, Machbaren erreicht haben. Zu den Schwerpunkten der Arbeit seit der letzten LMK zählten das Zeigen der Neofaschismus-Ausstellung im Herbst in Bremerhaven und ZKH Bremen-Ost, das Filmprogramm und der feste Wille, im Herbst die aktualisierte Ausstellung in weiteren Schulen und Gewerkschaften zu zeigen. Gelungen war das Zeigen der Résistance-Ausstellung in der Villa Ichon, bei deren Eröffnung etwa 120 Menschen anwesend waren. Daher soll im kommenden Januar die andere Ausstellung der AFD zum Wirken des Nationalkomitees Freies Deutschland wieder in der Villa Ichon ausgestellt werden.

Das Thema Entschädigung zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Arbeit all dieser Monate. Vor breitem Publikum wurde auf die Verantwortung der deutschen Wirtschaft an den Verbrechen des Faschismus hingewiesen. Nachzulesen ist dies im BAF, war Gegenstand der Büchertstände und wurde unterstützt durch Zeitzeugen wie Henri Morgenstern (Paris) und Cees Ruyter (Rot-'am). Ob vor dem Rosenakhaus, im Kapitelsaal, in der Stadtbibliothek, im Rathaus, in Schulen, auf dem Marktplatz, im Westend oder an Gedenkstätten, das Thema blieb Gegenstand hartnäckiger Fragen. Nicht zuletzt der Besuch polnischer Zwangsarbeiter im Juni hat noch einmal deutlich gemacht, wie dringend dieses Problem der Nichtentschädigung gelöst werden muss. Es hat uns leider auch deutlich gemacht, wie sehr auch Bremer Firmen bestrebt sind, sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen.

Verstärken wollen wir die Arbeit mit Betriebsräten, Jugendgruppen, Friedensfreunden, Schriftstellern und Künstlern. Daher auch unsere Bitte an diesen Kreis von Menschen, sich aktiv an den Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Faschismus und Krieg im September auf dem Osterholzer Friedhof und im Februar auf dem Waller Friedhof zu beteiligen.

Im Mittelpunkt der LMK stand das Referat unseres Kameraden Gerd Deumlich (Bundesausschussmitglied) zur Frage, ob der Bundesrepublik eine erneute Faschisierung droht. Wir sollten es uns trotz aller bösen Vorzeichen nicht zu einfach machen, warnte Gerd. Keine Toleranz könne es für Neofaschisten geben, aber nicht alle unliebsamen Erscheinungen und rassistischen Exzesse seien Beweis dafür, dass es schon wieder soweit sei. Der Nährboden für soziale Demagogie sei die soziale Ungerechtigkeit ("Arbeit nur für Deutsche"). Neofaschismus ist Bestandteil einer gesamten Rechtsentwicklung. Als bedrohlich seien die Parallelen der Tolerierung seitens der Justiz und Polizei, verglichen mit dem Beginn der 30er Jahre, zu bezeichnen.



Am Freitag, den 11. August, gestalteten Mitglieder der VVN-BdA in der Bremer Innenstadt diese Plakatfläche. Sie fordern damit, allen faschistischen Umtrieben ein Ende zu bereiten.

Dramatischer noch schätzte Gerd die von der neuen Bundesregierung ausgehenden Gefahren für den Frieden ein. Dabei scheut sie sich mit der Verbreitung einer neuen Auschwitzlüge nicht einmal vor der Instrumentalisierung antifaschistischen Bewusstseins in der Bevölkerung, zum Zwecke einer Verstärkung der Kriegsbereitschaft. Es kann den Neofaschisten nur recht sein, wenn die Leistungen der deutschen Wehrmacht wieder gewürdigt werden. Kreisen der deutschen Wirtschaft um die FAZ geht es nicht schnell genug. Sie bemängeln, der Wille zur Macht und Weltgeltung sei bisher noch unentwickelt.

Anders als nach den Erfahrungen von 1914/18 haben sie nach 1939/45 eine noch größere Niederlage auszubügeln. Zur Restauration der alten Macht- und Besitzverhältnisse gingen sie den Weg der Anlehnung an die Westmächte unter der Ägide der parlamentarischen Demokratie und sind damit noch stärker geworden als zuvor. Der stärker gewordenen europäischen Zentralmacht fehlt nun noch die militärische Komponente.

Die westliche Wertegemeinschaft scherte sich in der Vergangenheit wenig um den demokratischen Charakter ihrer Verbündeten, Schützlinge oder Mitglieder. So wundert es auch nicht übermäßig, aus dem Lager der heutigen Bundesregierung und ihnen nahestehenden zu hören, das es "das natürlichste der Welt (sei), dass wir uns benehmen wie jeder andere Staat der Welt, der seine Zukunft nicht von seiner Vergangenheit bestimmen lässt." Das stammt nun nicht von Franz-Josef Strauss ("aus dem Schatten der Vergangenheit treten"), sondern vom Friedensforscher Egon Bahr.

Immerhin gibt es als Gegenströmung junge Abgeordnete von SPD und Bündnis 90/Grüne, die sich gegen jegliche Schlussstrichtendenz wehren. Der Antifaschismus jedenfalls, so das Fazit, ist nicht abgedreht oder überholt, er wird stärker denn je gebraucht. Rassistische Exzesse lassen sich nicht länger als Ausfälle durchgeknallter Einzelgänger verharmlosen, zumal sie schon in die Mitte der Bevölkerung zielen, wie die Polizistenmorde in jüngster Zeit belegen. Auch wenn zur Durchsetzung der verteidigungspolitischen Richtlinien, zum Eingreifen der Bundeswehr in aller Welt, eine faschistische Herrschaftsform nicht notwendig ist, wenn auch unter Aufrechterhaltung parlamentarischer Mitbestimmungsformen eine Formierung der Gesellschaft machbar ist, so dürfen wir nie vergessen, dass es den Faschismus in seiner schlimmsten Form in Deutschland gegeben hat.

Die LMK führte die Wahl eines Geschäftsführendes Vorstandes durch, damit die Arbeit künftig weiter rechenschaftspflichtig bleibt, die Woche für Woche in unserem Büro geleistet wird. Die Delegierten zum Bundeskongress wurden nominiert und die Vertreter für den Bundesausschuss. Beschlossen wurde, den Bundeskongress, Bundesausschuss und die Neofaschismus-Kommission mit der Erstellung eines Konzepts für einen bundesweiten antifaschistischen Kongress zu beauftragen. Mit der Verabschiedung einer Presseerklärung und dem Dank für die geleistete Arbeit schloss die LMK.

Raimund

Deutsche jüdische Soldaten

In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 wurde in Bremen der Produktenhändler Heinrich Rosenblum von zwei SA-Männern "erschossen. Rosenblum war ein deutscher jüdischer Soldat. Er wurde im 1. Weltkrieg mit mehreren Medaillen ausgezeichnet.

Er war ein deutscher jüdischer Soldat, der mit Zehntausenden vom Oberkommando als Jude registriert wurde. Zu diesem Problem stand vom 16.6. bis zum 21.7.2000 im Bremer Staatsarchiv eine Ausstellung. Eröffnet wurde sie von Finanzsenator Hartmut Perschau.

Der Standortälteste, General von Grohn, erläuterte die Geschichte und den Inhalt der Ausstellung "Deutsche Jüdische Soldaten". Auf einer Tafel fand ich Dr. Walter Rathenau und Kurt Tucholsky. Hier eine Würdigung. Walter Rathenau begleitete schon vor dem 1. Weltkrieg hohe Funktionen in großen Konzernen. Im Krieg wurde er Koordinator der Aufrüstung. Nach dem Krieg vertrat er die deutschen Interessen in verschiedenen staatlichen Organisationen. Im Kabinett



Bild 1 zeigt Tilla und Willy Hundertmark mit einem Soldaten vor einem Plakat vom 1. Judenpogrom am 01.04.1933. Bild 2 Zwei Juden schauen auf den nicht sichtbaren SA-Mann herunter, der zum Boykott aufruft. (Foto: Ernst Vogt)

Joseph Wirth wurde er Außenminister. Als solcher nahm er an der Weltwirtschaftskonferenz teil, die am 16.4.1922 begann. Bald erkannte er, dass die Siegermächte die Isolierung Deutschlands und Sowjetrusslands betrieben. Am 16.6.1922 vereinbarten diese beiden Länder in Rapallo einen Wirtschaftsvertrag. Walter Rathenaus mutiger Schritt durchbrach die Pläne der Alliierten. Der Reaktion in Deutschland gefiel diese Leistung nicht. Die entfachten eine ungeheure Hetze mit dem Spruch "Rathenau, die Judensau". Bereits 6 Tage nach dem Abkommen wurde Walter Rathenau von der Gruppe Orgesch ermordet. Ihm erging es ebenso wie Matthias Erzberger, der den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben hatte.

Die Erfahrungen K... Tucholskys aus dem ersten Weltkrieg und den Ereignissen danach hatten ihn an die Seite der Arbeiterbewegung geführt. Seine Gedichte und Satiren zeigten dies immer wieder. Zuletzt zerbrach er an der Zersplitterung der Arbeiterbewegung.

Willy

Von heute auf morgen: Ein Volk von Antifaschisten?

Sommerloch 2000: Politiker aller Couleur bis hin zur CSU, Presseorgane bis zur Bild-Zeitung überbieten sich in Vorschlägen, wie den "Rechtsextremisten", "Rechtsradikalen" oder wie auch immer die Faschisten heute bezeichnet werden, beizukommen sei.

Jahrelang wurden von diesen Politikern und Presseorganen Überfremdungsängste geschürt, Millionen von Menschen in der BRD wird die Staatsbürgerschaft und damit elementarste politische und soziale Rechte verweigert, es gibt Dienstanweisungen, dass Flüchtlingen das Leben hier in den Unterkünften so wenig angenehm wie möglich gemacht werden soll. Und wie es NPD, DVU, Republikaner seit Jahren auf Millionen von Wahlplakaten verbreiten, sagt auch der Innenminister, das Boot sei voll.

All dies nehmen immer öfter Leute wörtlich, jagen dunkelhäutige Menschen durch die Straßen, zünden ihre Häuser an oder schlagen sie gleich tot. Waren es früher dann immer Einzeltäter (schon 1980 beim Oktoberfestattentat mit 13 Toten) oder wurde in Lübeck einer der Hausbewohner gleich selbst der Brandstiftung angeklagt und Spuren ins faschistische Lager nicht verfolgt, so lesen wir jetzt plötzlich, dass da Organisationen mit internationalen Verbindungen am Werk sind. Parteiverbote werden diskutiert.

Wir Antifaschisten, die seit 1945 gemäß dem Schwur von Buchenwald auf die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" hinarbeiten, sind gespannt, ob den Worten auch Taten folgen. Aber es ist Misstrauen angebracht, damit nicht unter dem Deckmantel des Antifaschismus demokratische Rechte weiter abgeschafft und der Überwachungsstaat weiter ausgebaut werden.

Denn solange sich dieses Land nicht vom Volksgemeinschaftsdenken und Standortgerede löst, wird sich nichts grundlegend ändern.

Regine

Finanzielle Grundlage

Neben unseren organisatorisch-politischen Aufgaben kommt der Öffentlichkeitsarbeit große Bedeutung zu. Unser monatliches Mitteilungsblatt "Bremer Antifaschist" (BAF) leistet hierbei eine sehr gute Arbeit. Für die Herausgabe des BAF und die Unterhaltung des kleinen Büros fallen jedoch nicht unerhebliche Kosten an, die durch unser jetziges Beitragsaufkommen allein nicht aufdecken werden können. Nur durch mehrfache Spenden von Mitgliedern, aber besonders von Sympathisanten konnten wir die anfallenden Kosten bislang ausgleichen. Wir danken allen Spendern recht herzlich und würden uns freuen, auch weiterhin bedacht zu werden. Einen weiteren Dank sagen wir auch allen Mitgliedern, die eine verlässliche Beitragszahlung vornehmen, bitten jedoch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, den monatlichen Beitrag um eine Stufe anzuheben. Zur Durchführung unserer erforderlichen antifaschistischen Aufgaben ist eine stabile finanzielle Grundlage wichtig.

Friedel

Entschädigung: Es ist vollbracht !?

Nein, die Bundesrepublik hat nicht die Welt von allen Sünden erlöst, aber die eigene Unternehmerschaft von ihren Sorgen zum Thema Zwangsarbeiterentschädigung. Diese innige Zuwendung mag ein Grund dafür sein, warum dieselbe Unternehmerschaft es nach wie vor nicht fertiggebracht hat, ihre 5 Milliarden in den Stiftungsfonds zu zahlen. Doch nun zu den Änderungen des Gesetzes gegenüber seinen Entwürfen (Februar- und März-BAF 2000).

Am auffallendsten ist an diesem Gesetz, dass die Regelungen viel komplizierter und die Verfahren viel bürokratischer sind als in den Entwürfen. In mehreren Fällen wird einer Partnerorganisation Geld zugebilligt, das diese dann zumindest teilweise an andere Partnerorganisationen weitergeben muss, anstatt das Geld gleich dort hinzugeben. Wann die Auszahlungen erfolgen sollen, ist nach wie vor unklar.

Wichtigste Neuerung ist die konkrete Verteilung des Geldes auf die Partnerorganisationen der einzelnen Länder bzw. Ländergruppen. 8,1 Mrd. DM sind für die Zwangsarbeiterentschädigung vorgesehen. Polen, die Ukraine, Russland, Lettland, Litauen, Belarus, Estland, Tschechien und eine ominöse Republik Moldau (Moldawien ?) werden genannt und erhalten zusammen 5,488 Mrd. DM. Jüdische Zwangsarbeiter anderer Staaten erhalten über die Conference on Jewish Material Claims against Germany (i. F. Jewish Claims) 1,812 Mrd. DM. Die International Organisation for Migration erhält 800 Mio. DM, zahlt aus unerfindlichen Gründen bis zu 260 Mio. an Jewish Claims und entschädigt vom Rest die nichtjüdischen Zwangsarbeiter aus den nicht einzeln aufgezählten Ländern.

Insgesamt 1 Mrd. erhalten Vermögensgeschädigte, wobei nur 350 Mio. an verfolgungsbedingt oder sonst in ihrem Vermögen geschädigte (§ 11 Abs. 1 S. 4) oder von ihren Versicherungen betrogene Opfer geht, während 300 Mio. für soziale Zwecke an Holocaustüberlebende (davon 24 Mio. an Sinti und Roma) und 350 Mio. DM an den humanitären Fonds der International Commission on Holocaust Era Insurance Claims geht (i. F. Insurance Claims), der auch die Gelder für Versicherungsopfer verwaltet. 700 Mio. erhält der Fonds "Erinnerung und Zukunft".

An den ersten beiden Fallgruppen ändert sich nur, dass Zwangsarbeiter, die im Gebiet des heutigen Österreichs arbeiten mussten, nun vom dortigen Versöhnungsfonds entschädigt werden sollen (§ 11 Abs. S. 1 Nr. 1, 2).
Die dritte Fallgruppe ist stark verklausuliert worden, aber entschädigt immer noch rassisch Verfolgte, die in ihrem Vermögen i. S. d. Wiedergutmachungsgesetze geschädigt wurden, aber bisher aus dezidierten Gründen daran gehindert waren, Ansprüche geltend zu machen.

Die nachfolgenden Sätze des § 11 Abs. 1 dienen als Auffangbecken für sonst nichtberechtigte Gruppen. So können, wenn die Partnerorganisationen dies wollen, von den 8,1 Mrd. DM auch Zwangsarbeiter entschädigt werden, die in der Landwirtschaft tätig waren (S. 2, 3).

Schon leicht paradox wirkt es, wenn man sich die Gruppe der durch §11 Abs. 1 S. 5 Berechtigten anguckt. Für sie sind von den 8,1 Mrd. DM extra 50 Mio. reserviert (§ 9 Abs. 3). Dort werden zum ersten Mal auch Leiden von Kindern berücksichtigt, die in Zwangsarbeiterkinderheimen untergebracht waren und die dort gesundheitliche Schäden erlitten, an denen medizinische Versuche durchgeführt worden oder die dort gestorben sind.

§ 13 Abs. 1. S. 1 erwähnt für diese Gruppe ausdrücklich, dass diese Leistungen "höchstpersönlich und als solche zu beantragen sind". Wie die toten Kinder dies anstellen sollen, wird das ewige Geheimnis des Redakteurs dieses Gesetzes sein.

Uli St.

Der Hammer fällt

Für den 20. September war die Zwangsversteigerung von vier Liegenschaften der Bundesrepublik in Griechenland festgesetzt: das Goethe-Instituts, das deutsche archäologische Institut und zwei deutsche Schulen. Der Kuckuck klebt seit Anfang Juli. Erreicht hat dies der ehemalige Europa-Abgeordnete und frühere Präfekt Ioannis Stamoulis im Auftrag der Bewohner des Dorfes Distomo, wo die SS am 10. Juni 1944 ein Massaker verübte und 218 Menschen ermordete. Die Nachkommen und Verwandten der Ermordeten und Überlebende fordern Entschädigung von der Bundesrepublik Deutschland, das Urteil des Obersten Gerichtshofs Griechenlands erkennt sie ihnen zu und ist rechtskräftig. Die zu zahlende Summe ist inzwischen auf knapp 100 Mio. DM angewachsen. Nach jahrelangen Versuchen, mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, waren die Bewohner von Distomo 1995 vor Gericht gegangen. Zwar ist das Pfändungsverfahren seit Ende Juli durch offiziellen Einspruch der Bundesregierung vorläufig gestoppt, doch liegt der Fall nun dem Europäischen Gerichtshof vor.

Angesichts der massiven Bemühungen der deutschen Wirtschaft und ihrer Regierung, einen Schlussstrich zu ziehen unter die barbarische Vergangenheit, macht es froh zu erfahren, dass es Menschen gibt, die vor dem reichen und großspurig auftretenden Deutschland nicht einknicken.

Regine

Mehr Zivilcourage gegen Rechts?

Nahezu täglich erfährt man von neuen Gewalttaten der Neonazis. Selbst der Verfassungsschutz sieht sich veranlasst, von einer bedrohlichen Zunahme des Rechtsextremismus und fremdenfeindlicher und rassistischer Gewaltakte zu berichten und nun, so liest man, sollen Bund und Länder in einem "Aktionsplan erste Konsequenzen" gezogen haben. Es soll eine zentrale Datei über rechte Straftäter angelegt werden und nach Staatssekretärin Sonntag-Wolgast vom Bundesinnenministerium sollen Bürger künftig rechtsextremistische Aktivitäten oder auch sogenannte Hass-Seiten im Internet melden können. Bundesjustizministerin Däubler-Gmelin fordert gar in einer Talkshow: "mehr Zivilcourage gegen Rechts," und Weser-Kurier-Kommentator Joerg-Helge Wagner setzt hinzu: "Dazwischen gehen, wenn gepöbelt und geprügelt wird, statt telefonieren."

Das ist alles viel heiße Luft und bedeutet zugleich, die Verantwortung für eigene Versäumnisse den Bürgern in die Schuhe zu schieben und ihnen lebensgefährliche Ratschläge zu geben. Gegen die neonazistischen Schläger, die in Gruppen auftreten und oft mit Baseballschlägern oder ähnlichem auf ihre Opfer einprügeln, mit Zivilcourage vorgehen, das ist doch so, als sage man dem von einem scharfgemachten Hund Angegriffenen, er solle mehr Mut zeigen. Und das sagt ein Regierungsmitglied wie Frau Däubler-Gmelin, die selbst rund um die Uhr von Bodyguards geschützt werden.

Justiz- und Innenminister und deren Verwaltungen sind längst gefordert, gegen rechten Terror und Neonazismus wirksam vorzugehen und Schönreden durch Handeln zu ersetzen. Stattdessen erleben wir, wie die braunen Horden mit Reichskriegs- und Hakenkreuzfahnen, mit SS-Runen, Sieg-Heil-Geschrei und fremdenfeindlichen und rassistischen Parolen allerorten Kundgebungen und Demonstrationen, an "Führers Geburtstag" sogar durchs Brandenburger Tor, durchführen können. Immer wieder erleben wir, dass polizeiliche Verbote durch Gerichte außer Kraft gesetzt werden und dann die Neonazis auch noch Polizeischutz erhalten. Diejenigen, die dann Zivilcourage zeigen, nämlich die Gegendemonstranten, werden abgedrängt, besonders Engagierte unter ihnen in Polizeigewahrsam genommen.

Das Grundgesetz fordert, Neonazismus, nämlich Nachfolge von Ideologie und Handlungen des deutschen Faschismus, zu verbieten (§ 139). Dementsprechend wurden vor Jahrzehnten die neonazistische SRP als NSDAP-Nachfolgepartei verboten und aufgelöst. Und es ist eine geschichtliche Tatsache, dass damit damals der neonazistischen Szene ein schwerer Schlag versetzt wurde. Für mich ist es deshalb unverständlich und empörend, dass Spitzenpolitiker der SPD und der Grünen, auch einige in den Bremer Landesorganisationen dieser Parteien, ein Vorgehen mit Verboten und einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht gegen die NPD und ähnliche Parteien und deren Unterorganisationen ablehnen.

Die Bundesregierung muss endlich als erste Maßnahme einen Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht stellen, das erfordert nicht zuletzt das Grundgesetz. Organisationen wie die NPD-Jugend müssen im Zusammenhang mit ihren konkreten offen verfassungsfeindlichen Aktionen sofort verboten werden. Und die Richter, die Verbote neonazistischer Aufmärsche und Veranstaltungen außerkraftsetzen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Darum sollte sich Frau Däubler-Gmelin kümmern. Das würde auch den Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die besorgt sind über die Rechtsentwicklung in Deutschland, Mut machen und zu mehr "Zivilcourage" und Aktivitäten gegen rechts beitragen.

Herbert

Vortrag über rechte Skin-Musik

Ton-Dia-Vortrag über die Szene von M. Weiß.
Eine Veranstaltung der VVN-BdA im Rahmen der Ausstellung "Gegen den Strom"

Freitag, den 29.9., um 17.00-19.00 Uhr, Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, Vegesack

Veranstaltung

Freitag, 01. September, 19:30 Uhr, forum Kirche, Hollerallee 75
"Das mörderische Waffengeschäft blüht - auch im Erlassjahr 2000".

Der deutsche Anteil bei Groß- und Kleinwaffen - dunkle Kanäle in die 3. Welt.
Vortrag und Diskussion am Antikriegstag. Eine gemeinsame Veranstaltung des Evangelischen Bildungswerks mit der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversionen und Friedensforschung und der Ökumenischen Initiative Bremen .

Referentin: **Andrea Kolling** (Kampagne gegen Rüstungsexporte)

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Internet: http://www.vvn-bda.de/bremen

Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421-61 12 62 (Willy Hundertmark) oder 0421-61 63 215 (Raimund Gaebelein) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich ab dem Juli jeweils am letzten Montag des Monats von 18:00 - 20:30 Uhr

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 05. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Geburtstage im September

Anita Böhme	09.09., 90 J.
Hans-Joachim Streicher	09.09., 52 J.
Karl Wölz	18.09., 80 J.
Lisbeth de Vries	22.09., 87 J.
Georg Rademacher	30.09., 56 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand